

Aus der Obmännertkonferenz.

Unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner fand Dienstag eine Sitzung der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt. Der Bürgermeister berichtete über den Stand der Zentralstelle im Rathaus und brachte zwei Statthaltereierlässe über den Anspruch auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag für Waiskinder und Wahlkern der zur aktiven Dienstleistung Herangezogenen zur Kenntnis.

Der Bürgermeister hat ein Schreiben an den Minister für Landesverteidigung gerichtet mit der Bitte, daß auch in jenen Fällen, in denen die Adoption nicht formell vorgenommen wurde, also auch den Pflegekindern und Pflegeeltern, der Anspruch auf den Bezug des Unterhaltsbeitrages zuerkannt wird.

Die „Burgfriedenswahlen“.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete dann, daß am 8. Jänner d. J. die Gemeinderäte Reumann, Skaret und Emmerling bei ihm erschienen seien, um sich wegen Ausschreibung der im Jahre 1918 fälligen Gemeinderatswahlen zu erkundigen. Der Bürgermeister wies damals auf die Stellung der Regierung hin und betonte, daß das Ministerium des Innern im Hinblick auf die gegenwärtig außerordentlichen Verhältnisse, durch die ein großer Teil der wahlberechtigten Bevölkerung an der Ausübung des Wahlrechtes behindert ist, bereits vor einiger Zeit die politischen Landesstellen allgemein angewiesen habe, in ihren Verwaltungsgebieten in nächster Zeit allenfalls vorzunehmende Gemeinderatswahlen bis auf weiteres zu verschieben. Die Regierung stehe auf dem Standpunkte, daß die bisherigen Gemeinderäte solange fort zu funktionieren hätten, als durch Neuwahlen die neuen Gemeindefunktionäre sich durch die Annahme ihrer Mandate zum Antritt bereit erklären. Die Vertreter der Sozialdemokratie hätten sich sodann bereit erklärt, auf „Burgfriedenswahlen“ einzugehen, bei welchen der bisherige Besitzstand jeder Partei gewahrt bleibe. Diese Mitteilung der Sozialdemokraten habe der Bürgermeister dem Obmanne Dr. Hein der liberalen Partei und später dem Obmanne des Bürgerklubs Oberkurator Steiner überreicht.

Gemeinderat Reumann erklärt neuerdings, daß seine Partei unbedingt auf dem Standpunkte legaler Wahlen beharre, da nur durch solche die Autonomie der Gemeinde geschützt werden könne.

Oberkurator Steiner bringt den gestrigen, einmütig gefaßten Beschluß des Bürgerklubs zur Kenntnis, welcher lautet: Der Bürgerklub fordert die Vornahme der auf Grund des Gemeinbestatuts der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien fälligen Ergänzungs- und Gemeinderatswahlen, und zwar unter der Bedingung, daß der Burgfriede und der Besitzstand der im Gemeinderate vertretenen politischen Parteien parteimäßig und bezirksweise aufrecht erhalten bleibe.

Gemeinderat Dr. Hein bringt den an anderer Stelle mitgeteilten Beschluß seines Klubs zur Kenntnis.

An diese Erklärungen der Parteien knüpft sich eine sehr lebhaft eingehende Debatte. Die Gemeinderäte Steiner und Reumann betonen, daß durch die Abhaltung von Burgfriedenswahlen in keiner Weise das Recht der im Felde stehenden Wähler beeinträchtigt wird, da ja bei Burgfriedenswahlen der bisher bekannte Wille der Mehrheit der Wählerschaft zum Ausdruck kommt und kein Mensch behaupten könne, daß sich in zwei Jahren die Anschauungen der Wählerschaft so verändert hätten, daß eine andere Willensmeinung sich ergeben würde. Vor allem aber hätten die Wähler im Felde das größte Interesse, daß im Hinterlande geordnete, dem Gesetz und Statut entsprechende Verhältnisse bestehen und daß die Verhältnisse der Gemeindevverwaltung unter allen Umständen aufrecht bleiben. Beide Redner bezeichnen die Argumente der liberalen Partei als hinfällig.

Gemeinderat Dr. Hein gab die Erklärung ab, er werde neuerlich über die Vorkommnisse der heutigen Obmännertkonferenz seinem Klub berichten und behalte sich vor, dem Bürgermeister sodann die Entschliebung der liberalen Fraktion bekannt zu geben. (Diese Entschliebung ist bereits im ablehnenden Sinne erfolgt.)

Bürgermeister Dr. Weiskirchner behält sich vor, an die Regierung zu berichten und von seinem Standpunkte der Regierung die Absicht bekannt zu geben, die fälligen Wahlen statutengemäß zur Ausschreibung zu bringen.

Die Wiedereinberufung des Gemeinderates.

Weiter berichtete der Bürgermeister über die Frage der Wiedereinberufung des Gemeinderates und schlägt

vor, in der letzten Februarwoche eine Gemeinderatsitzung abzuhalten, und zwar mit folgender Tagesordnung: 1. Genehmigung der Verfügungen des Bürgermeisters und der in die Kompetenz des Gemeinderates fallenden Stadtratsbeschlüsse, die seit 22. September 1914 gefaßt wurden. 2. Nachträgliche Genehmigung der beiden vom Bürgermeister verfüzten Budgetprovisorien. 3. Genehmigung eines Budgetprovisoriums für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1916. 4. Hauptrechnungsabluß der Gemeinde Wien für die Periode 1914/15 und Hauptvoranschlag für die Periode 1915/16.

Die Obmännertkonferenz erklärt einmütig, diesem Antrage des Bürgermeisters zuzustimmen und mit Rücksicht auf die außerordentliche Zeit der Erledigung dieser Tagesordnung keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten.

Die Milchverhältnisse.

Sobann erstattet Magistratsrat Dr. Jamöck einen eingehenden Bericht über die gegenwärtigen Milchverhältnisse und kommt zum Antrage, die Einführung der Milchkarte bis auf weiteres zu verschieben, dagegen den Magistrat zu beauftragen, die Ungleichheit, welche sich in einzelnen Bezirken zwischen Milchquantum und Bevölkerungsziffer ergibt, mit allem Nachdrucke auszugleichen. Auch diesem Antrage wird zugestimmt.